

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 3 Mk., vierteljährlich 9 Mk. — Versammlungsanzeigen kosten pro Seite 75 Pf. — Zeit- und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Heermann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Westenhäuser Str. 36—42. Teleph. Nr. 89, 99 u. 294. Telegr.-Adr.: Arbeiterbund Bochum.

Reichskohlenrat und Sozialisierung.

Zu sechsstündiger, tiefgründiger Verhandlung hat sich am 14. Oktober nun auch die Vollversammlung des Reichskohlenrats mit der Sozialisierung des Kohlenbergbaues beschäftigt. Der Gegensatz zwischen individualistischer und sozialistischer Wirtschaftsauffassung trat hierbei klar und scharf hervor. Die Werksbesitzer hängen an der heutigen individualistischen Wirtschaftsform nicht nur aus materiellen Gründen, sondern weil sie darin sozusagen auch ihr Lebenswerk verkörpert sehen. Eine Fortentwicklung im sozialistischen Sinne erscheint ihnen unfaßbar. Ihnen ist der Betrieb gewissermaßen auch eine Verkörperung der Persönlichkeit.

Die Gründe der Werksbesitzer gegen die Sozialisierung sind besonders scharf zusammengefaßt in der Entscheidung der deutschen Bergbauvereine, die wir in Nr. 42 der „Bergarb.-Ztg.“ veröffentlichten. Danach wird befürchtet, daß die Sozialisierung die persönliche Initiative ausschaltet, starre Bürokratisierung und Stauung bringt, den Wagemut lähmt und jedes Eigenleben der Betriebe ausschließt. Es sei ausgeschlossen, daß die annähernd 1000 Bergbaubetriebe Deutschlands von einer Zentralfirma aus mit Aussicht auf Erfolg für die Volkswirtschaft geleitet werden könnten. Der Unternehmergewinn im Bergbau würde überschätzt. Keine Organisation könne billiger arbeiten als die Unternehmer, im Gegenteil, die Erzeugung ginge bei der Sozialisierung zurück und die Selbstkosten würden steigen.

Herr Bergrat Winkhaus von der Köln-Neueffener W.-A.-G. trug alle diese Gründe nochmals vor und ergänzte sie nach seinen reichen Erfahrungen als Betriebsleiter. Aber er sprach nur als Techniker. Das große soziale Problem, das nur durch die Sozialisierung gelöst werden kann, erörterte er nicht. Diefem stehen die Werksbesitzer offenbar immer noch mehr oder minder verständnislos gegenüber, denn es wird auch in der Entscheidung der deutschen Bergbauvereine nicht berührt. Die Werksbesitzer leben im alten Geiste weiter, für sie hat der Betrieb nur eine technische und wirtschaftliche Seite, die soziale Frage besteht für sie nicht. Als Vertreter der individualistischen Wirtschaftsauffassung ist ihnen der Mensch nur ein Produktionsmittel. Das hat auch die Verhandlung im Reichskohlenrat erneut klar gezeigt.

Wie wenig richtig die Gründe der Werksbesitzer sind, haben wir schon in Nr. 42 der „Bergarb.-Ztg.“ gezeigt. Das taten auch die Vertreter der Arbeiter im Reichskohlenrat. Von unseren Verbänden sprachen die Kameraden Döfler, Sachse und Wagner. Sie stellten sich auf den Boden der Vollsozialisierung. Ob der Vorschlag I der Sozialisierungskommission, der die sofortige Vollsozialisierung vorschlägt, dazu eine brauchbare Grundlage biete, bliebe zu prüfen. Der Vorschlag II der Sozialisierungskommission, der die allmähliche Sozialisierung in etwa 30 Jahren vorsehe, könne nicht in Betracht kommen, weil der Produktionsprozeß so schnell wie möglich von allen Hemmungen und Reibungen freigemacht werden müsse. Diese würden durch den Vorschlag II nicht verringert, sondern vergrößert. Wir brauchen mehr und billigere Kohlen. Dieses Ziel könne nur erreicht werden, wenn alle Kräfte zur Entfaltung gebracht und Hemmungen und Reibungen möglichst ausgeschaltet würden. Das sei nur bei der Vollsozialisierung möglich.

Wir verkennen durchaus nicht, daß auch der Individualismus starke Kräfte entfaltet und Großes geleistet hat. Aber der Antrieb war doch mehr materieller Natur. Die großen idealen Kräfte, die dem Sozialismus innewohnen, konnten entweder gar nicht oder nur sehr unvollkommen zur Entfaltung kommen. Das war ein großer Nachteil für unsere ganze Entwicklung. Die Zukunft trat immer krasser hervor. Im gleichen Maße mußte der Gemeinismus verkümmern. Dafür war eben kein Boden. Abgesehen von allem anderen erfordert es schon unsere trostlose Lage, daß wir die materiellen und idealen Kräfte zur Entfaltung bringen.

Muß es denn unbedingt heißen: Individualismus oder Sozialismus? Können sich vielmehr nicht auch im Rahmen des Sozialismus die Kräfte auswirken, die dem Individualismus innewohnen? Ist der Sozialismus, genau betrachtet, nicht höher entwickelter, der gemeinshaftlichen Schwucht entfeindeter Individualismus? Können die Betriebe nicht auch im Rahmen der Sozialisierung ein Eigenleben führen und sich so entwickeln, wie es ihrer Eigenart entspricht? Muß alles in bürokratischen Formen erstarrten und von der Zentralisation ebrückt werden?

Diese und alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen wurden von unseren Kameraden aufgeworfen und dargetan, daß der Sozialismus die höhere Form der Wirtschaft ist, in welcher nicht nur alle Kräfte besser zur Entfaltung gebracht, sondern auch die großen sozialen Probleme gelöst werden können. Und sie wurden hierbei von den übrigen Vertretern der Arbeiter und Angestellten wirksam unterstützt, u. a. von Girbig, Meilenthin, Werner u. s. w. Auch Imbusch und Steger zeigten die Schäden der heutigen Wirtschaft auf und

stellten sich auf den Boden der Vollsozialisierung. Allerdings ebenfalls in dem Sinne, daß den Betrieben ein Eigenleben ermöglicht und nicht alles in bürokratischen Formen erstarrt, sowie jede Selbständigkeit von der Zentralisation ebrückt wird.

Den von großer Sachkunde und Verantwortung getragenen Reden der Arbeitervertreter folgten die Werksbesitzer mit wachsender Aufmerksamkeit. Der Geist der Verneinung und der Geist der Bejahung rangen hart miteinander. Aber allmählich gewann der Geist der Bejahung immer mehr die Oberhand und führte aus den Niederungen subjektiver Vereinigenommenheit in die Höhen objektiver Würdigung. Die Rede des Herrn Dr. Silberberg von den Rheinischen Braunkohlenwerken A.-G., ziemlich am Schluß der Verhandlung, klang schon ganz anders, als die des Herrn Bergrats Winkhaus am Anfang. Er betonte, daß die Werksbesitzer bei den Beratungen über die Sozialisierung mitarbeiten wollten. Zugleich bebauerte er den früheren kurzschichtigen Herrn-im-Saule-Standpunkt der Werksbesitzer, der die Arbeiter von der Mitbestimmung und folglich auch von Mitverantwortung ausschloß. Dadurch seien die Arbeiter auch nicht zur Mitverantwortung erzogen worden. Das rache sich heute.

Ebenso kurzschichtig ist aber ein großer Teil der Werksbesitzer auch jetzt noch. Der Forderung der Arbeiter auf Mitbestimmung bei Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen haben sie jahrgelntelang eine starre Verneinung entgegengeleitet. Der Sozialisierung sehen sie jetzt ebenfalls die uns schon hinreichend bekannte starre Verneinung entgegen. Dazu gehört natürlich nicht viel Mutterwitz. Die Werksbesitzer weisen auf die Gefahr einer Erstarrung in bürokratischen Formen und allzu starrer Zentralisation hin und übersehen dabei völlig, daß sie in ihren veralteten Anschauungen derart erstarren, daß sie ein Hemmnis und eine Gefahr für unsere Fortentwicklung bilden.

Auch das muß einmal an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht werden. Am Mittelpunkt des Produktionsprozesses muß künftig der Mensch stehen als Selbstzweck und nicht als Mittel zum Zweck der Profitmacherei, wie es bisher war. Der Mensch muß seiner Arbeit froh werden und seinen Schöpferdrang ausleben können. Nur so können wir zu einer rationelleren Wirtschaft und zugleich zu höherer Kultur kommen. Es geht nicht gegen, sondern nur mit den Menschen. Arbeitsfreudigkeit und Mitverantwortungsgefühl werden sonst unterbunden und der Geist erstickt. Leider haben die Werksbesitzer das immer noch viel zu wenig begriffen. Wenn sie in der sozialisierten Wirtschaft eine Aufgabe erfüllen sollen, müssen sie sich von ihren veralteten Anschauungen frei machen und erkennen lernen was ist.

Weil die vielen Einzelfragen der Sozialisierung in einem großen Plenum nicht erledigt werden können, hat der Reichskohlenrat hierzu eine Kommission aus 15 Mitgliedern und ebenso vielen Stellvertretern gewählt. Der Reichskohlenrat wählte eine gleich starke Kommission, welche die Einzelfragen der Sozialisierung mit der Kommission des Reichswirtschaftsrats erörtern soll, soweit dieses zweckdienlich erscheint. Jede Kommission soll aber ihre Selbständigkeit behalten und sozusagen auch ein Eigenleben führen können. Von unserem Verband gehören der Kommission an als ordentliche Mitglieder die Kameraden Langhorst, Döfler und Wagner, als Stellvertreter Dölle, Sachse und Werner; vom christlichen Gewerksverein als ordentliche Mitglieder Imbusch und Steger, als Stellvertreter Holtzhauser und Meilenthin. Werner gehört der Kommission des Reichswirtschaftsrats als ordentliches Mitglied an und ist von uns als Stellvertreter übernommen worden, damit er ebenfalls auch in der Kommission des Reichskohlenrats mitwirken kann.

In seiner Schlussrede hob der Vorsitzende, Herr Bergrat Meine von der Saarper Bergbau-A.-G., besonders hervor, daß die Verhandlung, entsprechend der großen Verantwortung, von tiefstem Ernst getragen war und auf der Höhe der Zeit standen hat. Offen wir, daß die Verhandlungen der Kommission sich auf derselben Höhe halten und bald zu einem gedeihlichen Abschluß kommen. Die zu überwindenden Schwierigkeiten sind ungeheuer groß, wir verkennen das nicht. Die Sozialisierungskommission hat fünf Monate gearbeitet, und was sie geschaffen hat, ist sehr problematisch. Ob und wie weit Vorschlag I brauchbare Unterlagen bietet, muß geprüft werden. Vorschlag II ist überhaupt nicht zu gebrauchen. Die Kommission wird sich also nicht nur begnügen, sondern auch schöpferisch betätigen müssen. Trotz aller Schwierigkeiten muß sie schnell und gründlich arbeiten, denn die Not drängt. Wieviel Zeit und Kräfte sind schon nutzlos verstran worden. Wir brauchen mehr und billigere Kohlen. Das auch bei der Verhandlung des Reichskohlenrats klar umrissene Ziel der Kommission ist: Wie können die dem Individualismus und Sozialismus innewohnenden Kräfte zur vollen Entfaltung gebracht und der Gemeinwirtschaft dienlich gemacht werden? Mit dieser Frage lösen sich alle damit im Zusammenhang stehenden Probleme.

Es ist irgend etwas vorgeing; das zeigte schon das Anziehen der Aktien. Während der Kurs der Aktien im Juli d. J. nur 350 betrug, schwankt er jetzt zwischen 670 bis 690. Es sind mithin ungeheure Kursgewinne eingeehmt worden. Der Börsenanteil ist offenbar der Bankfirma Hugo A. Serzfeld zugeflossen, welche den Ankauf der Aktien besorgte. Man schätzt deren Kursgewinn auf 20 Millionen Mark.

Bochumer Verein, Deutsch-Luzemburg und Gelsenkirchen bilden nun eine Einheit und an ihrer Spitze steht Hugo Stinnes. Die Dynastie Baare ist damit entthront, ohne daß es ihr so recht zum Bewußtsein kam. „Sie transit gloria mundi!“ So vergeht die Herrlichkeit der Welt! Auch die Herrlichkeit Stinnes wird vergehen, ebenso wie die individualistische Wirtschaft, die er so hervorragend verkörpert. Die Sozialisierung muß kommen, wenn die Kämpfe aufhören und unsere Wirtschaft reibungslos arbeiten soll.

Stinnes, Hugo, Karfmann, Schloßstraße 10, Millheim an der Ruhr. So lesen wir im Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte für 1918 auf Seite 1191. Auf äußerliche Aufmerksamkeit legte Stinnes danach bisher offenbar keinen Wert. Seine ganze Tätigkeit vollzog sich vielmehr sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Erst neuerdings ist er auch in die politische Arena getreten. Sein Name stand auf der Reichsliste der deutschen Volkspartei an 6. Stelle, und so ist er Reichstagsabgeordneter geworden. Nach den bisherigen Erfahrungen versteht er von Politik nicht allzuviel. Dagegen ist er einer der markantesten Vertreter der heutigen individualistischen Wirtschaft. Stinnes ist:

- Vorsitzender des Aufsichtsrats d. Bergisches Elektrizitätswerk in Solingen, Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn, Carbonsäure-Werks der Bender-Ergelt Soc. an., Brüssel, Deutsche Wildermann-Werke, Chem. Fabriken, G. m. b. H., Millheim-Ruhr, Deutsch-Luzemburgische Bergwerks- u. Hütten-A. G. in Bochum, Elektrizitätswerk Bergisch, A.-G. in Lüthi, Hessische Eisenbahngesellschaft, A.-G., Darmstadt, Hohenzollernhütte A.-G. in Emden, Hugo Stinnes A.-G. für Seefracht und Ueberseehandel in Hamburg, Kohlen-Junker für Siemens-Hütten- u. Fabrik A.-G., Königsberg i. Pr., Widgard, Deutsche Seefracht-A. G., Nordenham, Mühlheimer Bergwerks-Verein in Millheim a. d. Ruhr, Paderborner Elektrizitätswerk- und Straßenbahn-A. G. in Paderborn, Rheinische Elektrizität A.-G., Köln, Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk in Essen, Saar- und Mosel-Bergbau-Gesellschaft in Mey-Karlingen, Sächsisch-Anhaltische Gesellschaft, Weichsel-Anhaltische Erzschmelze A.-G., Berlin, Westfälisches Verbands-Elektrizitätswerk, Dortmund.

Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats d.

Oberrheinische Eisenbahn-Ges. A.-G., Mannheim, Westfälische Anhaltische Sprengstoff-A.-G. in Berlin.

Mitglied des Aufsichtsrats d.

- Deutsche Afrika-Linie A.-G. in Hamburg, Imperator-Motoren-Werk A.-G. in Berlin-Wittenau, Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. zu Gelsenkirchen, Hamburg-Amerikanische Paketfabrik A.-G., Kreis-Hüttenwerke Eisenbahnen in Ruhrort, Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft, Neue Rhein-A.-G. in Altona (Hafen), Niederrheinische Dampfmaschinenfabrik-Gesellschaft, Oberrheinische Elektrizitätswerke A.-G., Rheinische Bahn-Gesellschaft Düsseldorf, Rhein-Kohlen-Herolds u. Rhein-A.-G. in Millheim a. d. R., Rhein- und Seefracht-Gesellschaft, Adia, Rheinisch-Westfälisches Kohlenhütten in Essen, Stahlwerks-Verein A.-G., Düsseldorf, Vereinigte Berliner Kohlenhändler A.-G., Berlin, Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-A.-G., Berlin, Westfälische Kleinbahn, Uerdinge, Weemann-Linie A.-G. in Hamburg.

Mitglied des Grubenvorstandes der

- Seche Carolus Magnus in Leisde, Seche Friedrichs Ermine in Stolpenberg, Seche Graf Deum in Essen, Seche Maximilian Stinnes in Carnap, Seche von Welheim in Lothar, Seche Victoria Mathias in Essen.

Stinnes ist danach neunzehnmal Aufsichtsratsvorsitzender, zweimal dessen Stellvertreter, achtzehnmal Mitglied des Aufsichtsrats und sechsmal Mitglied des Grubenvorstandes. Vierzehn Elektrizitäts- und Bahngesellschaften stehen unter seinem Einfluß. Dazu hat er neuerdings noch die Niederländischen Kraftwerke A.-G. in Onabrid unter seinem Einfluß gebracht. Mit der Roddergrube A.-G., dem zweitgrößten Werk im rheinischen Braunkohlenrevier, hat das unter dem Einfluß von Stinnes stehende Rhein-Westf. Elektrizitätswerk eine Interessengemeinschaft geschlossen. Dazu kommt jetzt noch der Bochumer Verein. Damit ist das Bild aber noch lange nicht erschöpft. Stinnes hat etwa 65 Zeitungen, darunter die „Deutsche Allgemeine Ztg.“, das frühere Regierungsorgan, gekauft; außerdem Papier- und Zellstoffunternehmungen, Druckereien, Hotels, Rittergüter, Wälder u. s. w.

Die Stinnesierung der Wirtschaft macht also riesige Fortschritte. Alles nicht Stinnes unter seinem Einfluß zu bringen und sich dienlich zu machen. In der Produktion werden alle Zwischenglieder und Zwischengewinne ausgeschaltet. Vom Urstoff bis zur fertigen Ware geht alles in eigener Regie. Selbst das für die Herstellung der Zeitungen notwendige Papier und sonstige Material werden in eigenen Wäldern, Papierfabriken und sonstigen Werken gewonnen. Von allen Zwischengliedern und ZwischenGewinnen macht sich Stinnes frei. Er will nicht nur unumwiderrlich herrschen, sondern auch die dazu notwendige öffentliche Meinung machen.

Es kommt Stinnes augenscheinlich nicht zum Bewußtsein, daß er Vorarbeit für die Sozialisierung leistet, wie kein anderer. Wenn wir die Sozialisierung fordern, dann wird uns entgegengehalten, der private Unternehmer und seine Initiative seien im Produktionsprozeß unentbehrlich, sonst fehle der Antrieb. Stinnes aber entthront einen privaten Unternehmer nach dem anderen, selbst vor der Dynastie Baare hat er nicht Halt gemacht. Er beweist damit, daß es auch anders geht, wie es sich die Wortführer der individualistischen Wirtschaft vorstellen. Zudem wird auch Stinnes selbst nicht behaupten wollen, daß er alles, was er sich nach und nach einverleibt hat, leiten oder auch nur übersehen kann. Das geschieht alles durch Angestellte und Beamte. Sollen diese nicht ebenso gut und noch besser im Dienste der Gesamtheit arbeiten können?

Und was bildet bei Stinnes den Antrieb? Etwas nur die gemeine Gewinnlust? Das wird Stinnes entrüstet zurückweisen und wir glauben es auch nicht, obwohl wir die gemeine Gewinnlust als Antrieb nicht unterschätzen. Wir kennen die Menschen und wissen, daß ihr Tun und Lassen mehr oder weniger von Selbstsucht bestimmt wird. Aber kann diese Selbstsucht nicht auch bei der Sozialisierung dienlich gemacht werden? Gede es da nicht Aufgaben, die auch einen so problematischen Geist wie Stinnes zur Einsetzung aller Kräfte veranlassen könnten. Und wenn Stinnes sein ganzes großes Können einsetzte, wie er

Stinnesierte Wirtschaft.

Hugo Stinnes hat sich nun u. a. auch den Bochumer Verein einverleibt, dessen Aktienkapital jetzt 80 Millionen Mark beträgt. Nach der „Rheinischen Volkszeitung“ vom 8. Oktober sind davon 35 Millionen Mark aus dem Besitze der Berliner Bankfirma Hugo A. Serzfeld in den Besitze einer Bankengruppe (Diskontogesellschaft, Darmstädter Bank und Nationalbank für Deutschland) übergegangen, hinter der Deutsch-Luzemburg B. H. A.-G., d. h. Hugo Stinnes steht. Dieser hat damit bestimmenden Einfluß auf den Bochumer Verein erlangt, der mit der Interessengemeinschaft zusammenarbeiten wird, die zwischen Deutsch-Luzemburg B. H. A.-G. und der Gelsenkirchener B. H. G. jüngst abgeschlossen worden ist.

Diese Transaktion hat sich offenbar ohne Vorwissen der Verwaltung des Bochumer Vereins vollzogen. Zwar wußte man,

es jetzt tut, würden ihm da die Angestellten und Beamten nicht auch folgen und vielleicht besser folgen, wie sie es jetzt tun? ... Generalversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins Bochum.

Generalversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins Bochum.

55 Millionen Mark für die Knappschaftsinvaliden, Witwen und Waisen bewilligt.

Die von den Knappschaftsinvaliden, Witwen und Waisen mit großer Spannung erwartete Generalversammlung hat nunmehr am 15. Oktober 1920 im Knappschaftsgebäude in Bochum stattgefunden. Sie war notwendig geworden, weil auf wirtschaftlichem Gebiete große Veränderungen eingetreten sind.

Gehemrat Dr. Weidtmann, der Vorsitzende des Allgem. Knappschaftsvereins, eröffnete sie, hieß die Delegierten der Vertreter sowie die Vertreter der Werksbesitzer willkommen und stellte die Beschlußfähigkeit fest.

Im zweiten Teile der Tagesordnung wurden die eingereichten Anträge zur Aussprache gestellt. Unser Kamerad Herrmann ...

Darauf bekam Generaldirektor Wiskott als Vertreter der Werksbesitzer das Wort. Er prüfte zunächst die finanzielle Belastung, die sich bei Verwirklichung der Anträge ergeben würde. ...

Die Werksbesitzer erklären sich bereit: zunächst auf 1 Jahr selbst die Mittel aufzubringen und zur Verfügung zu stellen für folgende Aufgaben:

- 1. In den nach der alten Satzung, d. h. vor dem 1. 10. 19 festgesetzten ...
2. Das Steuerrecht für Invaliden soll ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeit auf 500 Mk. aus diesem Mittel erhöht werden.
3. Bei Bedürftigkeit sollen außerdem, wie bisher, für den Invaliden 42 Mk. und für die Witwe 31,50 Mk. gewährt werden, für jedes Kind jedoch nur 5 Mk. 10 Pf. ...

Der Kamerad Herr Junges hat, der nach Generaldirektor Wiskott auf Wort kam, stellte an diesen als den Vertreter der Werksbesitzer die Frage, ob denn die Werksbesitzer nicht weiter entgegenkommen wollten und dieser Vorschlag ihr letzter sei. ...

trag auf Vertagung stimmen, damit den nockleidenden Kameraden recht bald Hilfe zuteil wird.

Dann brachte er noch eine Entschließung, daß der Vorstand des Knappschaftsvereins ermächtigt werden soll, falls die Schaffung des Reichsknappschaftsgesetzes auf sich warten ließe, vorher schon die freie ärztliche Behandlung der versicherungsfreien Familienangehörigen einzuführen.

Die Verhandlungsleiter gingen selbstverständlich von ihren gestellten Forderungen nicht ab, sondern vertreteten sie nach wie vor und sind der Auffassung, daß sie beim Reichsknappschaftsverein dieselben durchbringen werden können.

Delegierte des christlichen Gewervereins, die auch zu den Anträgen sprachen, gaben ihre Meinung dahingehend kund, daß sie es auch bedauerten, daß die Werksbesitzer nicht weiter gehen wollten.

Bei der Abstimmung, die hierauf erfolgte, wurde der Antrag auf Vertagung und der Vorschlag der Werksbesitzer einstimmig angenommen.

Die Erhöhung der Renten, Erziehungsbeihilfen und der Einkommensgrenze erfolgt vom 1. Oktober 1920 ab, jedoch am 1. November die erhöhten Bezüge von zwei Monaten zur Auszahlung gelangen. ...

Table with 4 columns: Für alle Invalidenrenten vor Oktober 1919, dazu 100%, Für Bedürftige dazu Zuzahlung, vom 1. Okt. 1920. Rows show amounts for 3 years, 5, 10, 15, 20, 25, 30 years.

Table with 4 columns: Für Witwen vor 1919, dazu 100%, Zuzahlung, vom 1. Okt. 1920. Rows show amounts for 3 years, 10, 20, 30 years.

Table with 4 columns: Für Witwen nach 1919, dazu 50%, Zuzahlung, vom 1. Okt. 1920. Rows show amounts for 3 years, 10, 20, 30 years.

Zu den oben angeführten Invaliden- und Witwenrenten kommen pro Kind 10 Mk. hinzu. Ferner bei Witwenrenten noch die Erziehungsbeihilfen für Halbwaisen.

Wenn die Generalversammlung die Wünsche der Kameraden nicht vollkommen befriedigte, so brachte sie doch den Invaliden, Witwen und Waisen nicht zu unterschätzende Vorteile. ...

Von dem alten Ziele, das Knappschaftswesen zeitgemäß zu reformieren, haben die Kameraden, als sie dem Vorschlag der Werksbesitzer zustimmten, auch nicht das Geringste aufgegeben. ...

Opfer der Opferscheu.

Bis zur Revolution war der größte Teil der Bergarbeiter unorganisiert und zwar aus Opferscheu. Sie scheuten das Beitragszahlen und wollten zudem auf dem Werke lieblos bleiben. ...

Seit das Direktionsprinzip im Bergbau beseitigt und an seine Stelle die schrankenlose Ausbeutung der Natur- und Menschenkräfte getreten ist, sind die Bergarbeiter immer mehr enteignet und unterdrückt worden. ...

Die Organisationsversuche in den sechziger und achtziger Jahren scheiterten, weil selbst diejenigen, die sich in der ersten Aufwallung angeschlossen hatten, bald wieder abtrünnig wurden, als sie merkten, daß es nicht von selber ging und Opfer gebracht werden mußten. ...

Nicht viel besser ging es auch nach dem großen Bergarbeiterstreik von 1889. Mit der ersten Begeisterung verpuffte fast alles, und die Bergarbeiter frohen wieder zu Kreuzen. ...

Von 1889 ab hielt wenigstens ein kleiner Teil der Bergarbeiter an der Organisation fest. Aber ihre Zahl war zu klein, um der wachsenden Macht der Werksbesitzer wirksam begegnen zu können. ...

Den Werksbesitzern erschien diese Willkür vorteilhaft und darum hat sie fortbestanden, solange es deren Macht erlaubte. Nur Macht entscheidet! An dieser Tatsache kann auch durch Streiks nichts geändert werden, solange sich nicht alle Bergarbeiter reiflos ihrer Organisation anschließen. ...

Obwohl das alles klar und überzeugend ist und auch vom dümmsten begriffen werden kann, stehen auch heute noch tausende von Bergarbeitern außerhalb der Organisation. Warum? Weil sie sich auf andere verlassen, selbst aber im Erben sitzen und da ernten wollen, wo andere gesät haben. ...

Viele Bergarbeiter glauben nun das Ziel durch eine geschlossene Zwangsorganisation erreichen zu können. Wie falsch das ist, haben wir in Nr. 40 der „Bergarb.-Ztg.“ gezeigt. ...

Dieses Ziel kann uns nicht locken! Gefährlichen Organisationszwang kann auch nur fordern, wer am schließlichen Sieg der Idee zweifelt. Wir zweifeln nicht daran. ...

Arbeiter, die vorrangschließen Organisationszwang nicht anerkennen, haben keinen Anspruch auf die Leistungen des Tarifvertrages.

Der § 78 Abs. 1 des Betriebsrätegesetzes legt den Betriebsräten die Pflicht auf, darüber zu wachen, daß Tarifverträge durchgeführt werden und zwar so, wie es ihrem Geiste und Wortlaut entspricht. ...

Die allgemeine Regelung der Urlaubsberechnung unter der Belegschaft erfolgt im Einverständnis mit dem Betriebsrat.

Die vier Bergarbeiterverbände haben zudem bei der Reichsarbeitsgemeinschaft für Bergbau beantragt, daß Personen, die den vertraglich bindenden Organisationen nicht angehören, ausgeschlossen werden sollen. ...

Als Sozialpolitiker sehe ich auf dem Standpunkt, daß der Organisationszwang die Folge der Tarifpolitik sein wird. Er ist geradezu die naturgemäße Konsequenz. ...

Der Herr Reichsarbeitsminister ist ein katholischer Geistlicher. Das ist besonders zu beachten. Es ist danach unsittlich, wenn Leute an gewerkschaftlichen Erfolgen teilnehmen wollen, wozu sie nicht beigetragen haben. ...

Der Herr Reichsarbeitsminister ist ein katholischer Geistlicher. Das ist besonders zu beachten. Es ist danach unsittlich, wenn Leute an gewerkschaftlichen Erfolgen teilnehmen wollen, wozu sie nicht beigetragen haben. ...

Den Werksbesitzern wird es allerdings kaum gefallen. Sie würden sich gar zu gern ihre Geschäfte von der Opferscheu weiter besorgen lassen. Aber die organisierten Bergarbeiter haben keine Lust; auch fernherhin Opfer der Opferscheu zu werden. ...

Vor der Revolution froh die Opferscheu schweigend und dienstbeflissen vor den Werksbesitzern auf dem Bauche. Die organisierten Kameraden wurden denuntierrt, brotlos gemacht und von Bege zu Bege geholt. ...

Diesem widerwärtigen Tauerspiel muß endlich ein Ende gemacht werden. Dazu ist ein kalter, stählerner Wille notwendig; dann werden sich auch Mittel und Wege finden. ...

Reichstongreß der Betriebsräte.

(Schluß)

Hierauf referierte D i m a n n über die Aufgaben der Betriebsräte. Seine Ausführungen werden oft von stürmischen Zustimmungen unterbrochen. Er führte aus: ...

den an. Die Betriebsräte sind die Vertrauensleute der Arbeiter und können ihre Aufgaben nur im Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften erfüllen. Es kommt nicht darauf an, daß man das Maul recht weit aufreißt, sondern darauf, was man leisten kann. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß die größten Maulhelden zugleich auch die unfähigsten Kerle sind, und wenn diese die Starre verkörpern haben, dann ruft man die Gewerkschaften um Hilfe an. Wir müssen darauf hinwirken, das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten zu erreichen; wenn das auch im Gesetz nicht steht, so muß es auf dem Wege tariflicher Abmachungen geschehen. Mit der geistigen Umstellung und Organisierung der Kopfarbeiter hat die Kpa mehr revolutionäre Arbeit verrichtet als alle die revolutionäre Reden haltenden Maulaufreißer. Die Einheit der Gewerkschaften muß erhalten bleiben! In gemeinsamer Kampffront mit allen Hand- und Kopfarbeitern werden wir siegen unter der Parole: „Proletarier aller Länder, schlagt euch nicht die Köpfe ein, sondern vereinigt euch“. (Stürm. Weisfall.)

Der zweite Referent, R o r p e l, von der Kpa, wies darauf hin, daß durch die Unternehmung das Betriebsrätegesetz sabotiert wird. Aber auch die Tätigkeit Richard Müllers, Däumigs und Malzahns müsse bekämpft werden, weil die von ihnen vertretenen Ideen gegen die Interessen der Arbeiter gehen. Medner stellt dann folgende Forderungen auf:

„Die wenigen Rechte des Betriebsrätegesetzes werden systematisch durch das gesamte Unternehmertum sabotiert. Eine stimmungsgemäße Arbeit der Betriebsräte ist daher unmöglich. Durch eine Erweiterung des unzulänglichen B. N. G. muß die Arbeitsfähigkeit sichergestellt werden. Besonders der § 72: Betriebskassenzins und Gewinn, erfordert schnellste Verabschiedung. Der Kongress verlangt aber auch ein sofort zu erlassendes Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat (§ 70). Solange dies nicht geschieht, kommt die Gestaltung der Betriebsräte, wie sie für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder vorgeschrieben ist, nicht in Frage.“

Sobann referierte B r o l a t über den organisatorischen Aufbau der Betriebsräte. Auch er fordert den Kongress auf, gemeinsam mit den Gewerkschaften zu arbeiten, wenn Erfolge erzielt werden sollen.

Als erster Korreferent spricht B r a n d l e r (R. P. D.). Er ist der Ansicht, daß wir auf den von den Referenten gewiesenen Wegen nicht aus dem Chaos herauskommen. Wir müssen uns selbst helfen, das können wir aber nicht auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft, sondern erst dann, wenn wir diese durch Eroberung der politischen Macht zum Teufel gejagt haben. Die Arbeiter müssen die Herren der Produktion werden. Die Betriebsräte können wir nicht auf dem Boden einer gemeinsamen Weltanschauung zusammenfassen; das geschieht auch in den Gewerkschaften nicht, denn in ihnen finden sich Mitglieder auch aus bürgerlichen Parteien zusammen. (Gelächter). Der Weg, den wir gehen wollen, führt wohl zuerst noch in größeres Elend, aber dann kommen wir in die verheißene bessere Zeit. (Vereinzelter Weisfall, Bewegung).

Als zweiter Korreferent spricht R i c h a r d M ü l l e r. Er vertritt seine bekannte Ansicht, nach der man die Betriebsräte zusammenfassen müsse, ganz gleich, ob sie Gelbe, Blaue, Schwarze oder Rote wären. Stürmische Zurufe begleiten diese Worte. Dann ilt er heftige Kritik an den Richtlinien des Gewerkschaftsbundes, bei deren Auslegung er den heftigen Widerspruch des Kongresses findet.

Noch einmal erhält dann der russische Gewerkschaftsvertreter L o s o w s k i j das Wort, um den Aufbau der russischen Betriebsräte darzulegen. Er verliest ein großes Manuskript, aus dem er nachweist, daß die Führung der Produktion in die Hände der Arbeiter gehört, was in Rußland geschehen sei. (Das ist jedoch nicht zutreffend; Lenin selbst hat auf dem Kongress in Moskau zugegeben, daß zur Leitung der industriellen Anlagen technische und kaufmännische Leiter, ohne Ansehen ihrer politischen Auffassung, aus kapitalistischen Ländern zu fabelhaften Gehältern angeworben werden mußten, da ohne diese ein Aufleben der Industrie unmöglich sei. — Der Berichterstatter).

In der Diskussion führt E n g e l h a r d t (Bergarbeiter) aus, daß es eine Phrase sei, wenn man, wie Müller es will, alle Betriebsräte unter einen Hut bringen wolle. Mit den Christlichen hätte man doch genügend Erfahrungen gemacht. In die Vertreter der zentralen Gewerkschaften richtet er die Aufforderung: Laßt euch nicht von einer Minderheit breitzulagen!

In seinem Anschlußwort führt B r a n d l e r unter heftigem Widerspruch aus: Die Gewerkschaften sind konterrevolutionär, sie führen uns nur in den Stumpf.

D i h m a n n sagt Brandler in seinem Schlußwort, daß seine Ideen nicht neu seien; schon Webel habe sich wegen dieser Ansichten mit den Jungen herumgeschlagen; es seien nur Phrasen. Wenn man gemeinsam kämpfen wolle, müsse man sich erst einmal abgewöhnen, Andersdenkende zu beschimpfen. Ein wirklicher Revolutionär zeige sich erst in der praktischen Arbeit. Wer nur immer die Dreieinigkeit: Weltrevolution, Käteorganisation und Diktatur des Proletariats hochleben lasse, sei noch lange kein Revolutionär. Selbst der Russe Bucharin sagt: „Die russischen Arbeiter hätten ohne die Gewerkschaften nicht den hundertsten Teil dessen, was sie geleistet haben, leisten können.“ Aber im Auslande stellte man es immer anders dar. Wir lassen uns die Gewerkschaften nicht zer schlagen und halten an der Amsterdamer Internationale fest. Wir, die man uns „Gelbe“ nennt, haben in einer Berliner Fabrik die Herstellung von Waffen verweigert; aber bei uns organisierte „Revolutionäre“ sellen Waffen zur Bekämpfung des russischen Proletariats her; so sehen die Fortkämpfer der Weltrevolution aus. Geling es uns, die Betriebsräte auf einen Kampfboden mit den Gewerkschaften zu vereinen, ist die Zukunft unser. (Stürmischer Weisfall).

Mit Dreiviertelmehrheit wird dann unter großem Beifall Brolats Resolution zur Organisierung der Betriebsräte angenommen. Sie lautet:

„Die Arbeiterschaft hat die Kraft, die ihr als Klasse innewohnt, zur vollen Entfaltung zu bringen. In ihr liegt es, diese Kraft zur Tat werden zu lassen und sich aller ihr dazu bietenden Mittel zu bedienen. Den Betriebsräten sind durch ihre Stellung im Produktionsprozess bedeutende Aufgaben gestellt, deren Lösung ihnen eine große Verantwortung auferlegt. Die Betriebsräte finden ihren Rückhalt in den Gewerkschaften, die nach wie vor in erster Linie aus wirtschaftlichem Gesicht die Gegenfay zwischen Kapital und Arbeit auszutragen haben. Die Stellung auf die Gewerkschaften ist geboten, weil die Betriebsräte ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie des Rückhalts der Gewerkschaften sicher sind. Der Ausbau der Gewerkschaften zu mächtigen Industrieverbänden ist Sache dieser selbst.“

Die Betriebsräte sind innerhalb der Gewerkschaften organisch zusammenzufassen. Eine Sonderorganisation der Betriebsräte ist weder richtig noch zentral von Nutzen, sie würde vielmehr, abgesehen von einer Erhöhung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die wirkliche Vertretung der Arbeiterinteressen durch die Betriebsräte lahmlegen. Dagegen ist eine direkte Zusammenfassung der Betriebsräte im Anschluß an die Ortsausschüsse des A. D. G. V. und der Kpa, sowie Schaffung einer Reichszentrale gemeinsam mit der Spitze der Gewerkschaften notwendig. Die direkte Zusammenfassung der Betriebsräte und die Bildung einer Reichszentrale steht der Kongress nur auf dem Boden der Richtlinien des A. D. G. V. und der Kpa gegeben. Der vom Kongress zu wählende Beirat wird beauftragt, in Gemeinschaft mit dem geschäftsführenden Ausschuss sofort die Vorbereitung der Wahlen in den Betriebswirtschaftsräten vorzubereiten, sobald deren Bezirke feststehen.“

Damit hat der Kongress in seiner übergroßen Mehrheit bekräftigt, daß die Betriebsräte gewollt sind, jeder Zerstückelung und Zerschlagung der Kampffront der Gewerkschaften mit Entschlossenheit entgegenzutreten.

Mit derselben Mehrheit wird die folgende Resolution A r o p e l angenommen:

„Die wenigen Rechte des Betriebsrätegesetzes werden von den Unternehmern systematisch sabotiert. Sie suchen die praktischen Arbeiter der Betriebsräte unmöglich zu machen. Der Kongress fordert daher die Gewerkschaften auf, sofort eine Novelle zum Betriebsrätegesetz auszuarbeiten, in welcher die Geschäftsführung des Betriebsrates, das volle Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen, bei Betriebsänderungen, Betriebsverstellungen gesichert wird. Die Novelle ist den Regierung, dem Reichsausschuss und dem Reichswirtschaftsrat zu übermitteln.“

Der Kongress fordert die Gewerkschaften auf, sich dafür einzusetzen, daß das besondere Gesetz über die den Betriebsräten vorzuziehende Betriebskassenzins und Gewinn- und Verlustrechnung schnellst möglich verabschiedet wird.

Der Kongress fordert die schleunigste Verabschiedung des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat.

Eine Resolution, die die Gewerkschaften auffordert, für den Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter in Industrieverbänden zu wirken, wird dem Ausschuss des Gewerkschaftsbundes überwiesen.

In einem Antrage, der das Eintreten für die Arbeitsbeschäftigten fordert, die nach Aufhebung der zu ihrem Schutz vor Entlassung bestehenden Verordnung der Kündigung entgegenstehen, bemerkt Aufhäuser, daß die Verankerung der betreffenden Verordnung bestimmt zu erwarten ist. Eine Protestresolution gegen den Erlaß eines Dienstpflichtgesetzes und gegen die Befestigung des Achtstundentages wird einstimmig angenommen. Ebenso eine Resolution, die Vorschläge zur Lösung des Wohnungsproblems macht.

Eine andere Resolution verlangt von der Regierung, daß sie die Aufhebung des Beschlusses der Volkshäufertkonferenz erwirkt, welche dahin geht, daß sämtliche im Bau befindlichen Dieselmotoren, auch solche, die bereits zu gewerblichen Zwecken verwendet worden, vernichtet werden müssen, und der Bau von Dieselmotoren verboten werde, was eine ungeheure Schädigung unserer Wirtschaft und große Steigerung der Arbeitslosigkeit bedauert.

Damit sind die Arbeiten des Kongresses beendet. In seiner Schlußrede würdigt Aufhäuser den Kongress als einen Wendepunkt in der deutschen Arbeiterbewegung; er schließt den Kongress mit einem Hoch auf die auf dem Boden des Sozialismus und des Klassenkampfes stehende Arbeiterbewegung.

Beim Auseinandergehen der Delegierten bracht der Sozialistenmarsch durch den Riesensaal der „Neuen Welt“. Wegen die Beschlüsse des Kongresses Bausteine für das Fundament einer neuen, schönen Welt für die Arbeiterklasse, für die Menschheit werden. Der Kongress und seine Beschlüsse verheißten viel Hoffnung für die Lösung der derzeitigen Wirren.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Kohlindustrie im Elß.

Dem Bericht des Vereins der deutschen Kalkinteressenten E. A. entnehmen wir folgende Ausführungen:

Der Verlauf des Krieges und die Invasion des Elß brachten die dortigen Kalkwerke in den Machtbereich der Franzosen. Hierdurch wurde die Monopolstellung des deutschen Kalkmarktes in weit stärkerem Maße durchbrochen, als es etwa die Produktion aus anderen Kalkquellen tun könnte, von denen in den letzten Jahren Nachrichten in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Nach dem Waffensstillstand wurden die elf deutschen Konglomerate behörden unter Sequitur gestellt, und die Franzosen bemüht sich, die Produktion der Werke mit allen Mitteln zu steigern. Sie stießen hierbei auf mannigfache Schwierigkeiten. Nach der Ausweisung der deutschen Beamten fehlte es ihnen an geeigneterm Ersatz. Auch machte sich der Mangel an geschulten Arbeitern föhrend bemerkbar. Dazu griff sehr bald nach erfolgter Besetzung die Unzureichendheit in der Arbeiterschaft stark auf, was in mehreren Streiks, von denen der letzte in den Monaten August und September 1919 zum Generalstreik ausbrach, zum Ausdruck kam. Ferner machte die Verschaffung und Erneuerung von Maschinen und Maschinenteilen sowie von Apparaten, die in ihrer Spezialausbildung bisher nur von deutschen Firmen geliefert worden waren, mancherlei Schwierigkeiten. In der Begründung zu dem von der französischen Regierung in der Deputiertenkammer eingebrachten Gesetzentwurf betreffend die Liquidation der elßischen Kalkgruben, die in bestimmter Weise Ubertreibungen und geschäme Auffälle gegen die frühere deutsche Verwaltung enthält, wird behauptet, daß die Förderung von Kalkstein im Jahre 1919 auf 510 000 Doppelzentner gelangt worden sei, was annähernd eine Verdoppelung der Kalkförderung von 1917 bedeuten würde. Im laufenden Jahre soll eine Förderung von 12 000 000 Ztr. erreicht werden, und im Jahre 1923 rechnet man auf eine Förderung von 25 000 000 Ztr.“

Zu der Begründung heißt es, daß die sequestrierten Gruben zunächst vom Staat erworben werden sollen, und zwar glaubt man auf Grund der Untersuchungen der Bergbehörde, daß der Preis noch unter der im Gesetzentwurf vorgesehenen Summe von 150 000 000 Fr. bleiben wird. Nach dem Eigentumsübergang wird der französische Staat über die Gruben in ihm geeignet erscheinender Weise verfügen. Von einer Umänderung der Kalkwerke durch den Staat wird Abstand genommen. Auch soll die Ausbeutung nicht einigen beliebigen Privaten vorbehalten bleiben, vielmehr sollen alle juristischen Körperschaften und Private, die besondere Rechte geltend machen können, oder die eine besondere Gewähr für eine zweckmäßige Ausnutzung bieten, herangezogen werden. Vor allem ist beachtlich, dabei die Landwirtschaft weitgehend zu berücksichtigen. Andererseits sollen aber auch die Bestimmungen des neuen Berggesetzes vom 9. September 1919 nicht außer acht gelassen werden. Dieses Gesetz sieht eine betrübete Kongestionierung sowie die Beteiligung des Staates und der Arbeitnehmer am Gewinn vor.

Um den Wßag der Salze zu regeln und ferner, um ein Gegengewicht gegen das Deutsche Reich zu bilden, soll ebenfalls ein Verkaufssyndikat gebildet werden, dessen Geschäftsführung vom Staate zu überwachen sein wird.“

Unberechtigte Kritik unserer Kohlenlieferungen.

Der „Welt Parisien“ vom 24. v. Mts. teilt mit: „Wir haben die reichlichen Vorkünfte deutscher Kohle in Paris gemeldet. Man könnte sich zu den guten Dispositionen beglückwünschen, die die deutsche Regierung bei der Beobachtung ihrer Verpflichtungen zeigt, wenn diese Kohlenlieferungen nicht zu einem allzugroßen Teile aus Bricketts beständen, die nur aus Kohlenstaub bestehen. Wir glauben zu wissen, daß bei der deutschen Regierung Schritte unternommen werden, um ihr ein Gedächtnis zu rufen, daß die Kohle, die sie uns schuldig ist, anders geschätzt werden würde, wenn sie zu einem stärkeren Teile aus Steinkohle bestände; diese Beobachtungen drängen sich umso mehr auf, als die Bricketts aus Deutschland weit davon entfernt sind, mit ähnlichen Erzeugnissen aus unseren Kohlengruben zu wetteifern.“

Von unerrückter Seite wird uns dazu mitgeteilt: Die reichlichen Vorkünfte deutscher Kohle in Paris werden also belohigt, und da es an der tatsächlich erfolgten vorläufigen Mengenlieferung nichts zu bedeuten gibt, wird (wie übrigens schon einmal) die Unfähigkeit der gelieferten Kohle bemängelt. Die Form, in der das geschieht, muß eigenartig an. Wie jeder Kenner weiß, ist es nun einmal das Wesen der Bricketts, daß sie ein aus Feinstohle durch ein Brechverfahren hergestelltes Produkt sind. Die deutschen Brickettsanlagen haben in ihrer Leistungsfähigkeit Vertrauen, und das Produkt erfüllt diesen maßstablosen Betrieben wirklich ohne Ansehen des Empfängers. Man kann also, selbst wenn man das wollte, keine Extramarke „Entente-Bricketts“ fabrizieren. Es ist allerdings auch das Wesen der Bricketts, daß sie durch lange Fracht und wiederholte Umladung leiden; der Weg von Dortmund nach Paris ist länger und umständlicher als der von Courrières nach der französischen Hauptstadt. — Im übrigen gibt es in Essen eine Entente-Kommission für die Abnahme der Kohlen, und sozusagen vollständig unter ihren Augen die Abfertigung der Lieferungen. Diese Kommission stellt auch monatlich einen genauen Plan darüber auf, welche Sorten in Rahmen der Pflichtmengen nach Südohle, Gasohle, Koks, Bricketts usw. abzuliefern sind; und genau nach diesen Vorschriften ist zu verpacken und wird verpackt. Sollten die Ausführungen des französischen Blattes nicht anderen Motiven, sondern dem Mangel an Sachkenntnis entspringen, dann wäre es sehr dankenswert, wenn die Mitglieder der Entente-Kommission in Essen ihre Heimatpresse über den tatsächlichen und organisierten Kohlenverkehr aufklären wollten, damit herartige unrichtige Unterstellungen vermieden werden.“

Uns den Unternehmerverbänden.

Gelbe, Konjunkturalisten und Weiswasserbolschewisten.
Wie der „Korrespondent“, das Verbandsorgan der Buchdrucker, in Nr. 110 mitteilt, hat sich in Rheinland-Westfalen ein „Zentralratsrat“ der Opposition der Buchdrucker gebildet, der am 19. Sept. eine Konferenz der Opposition nach Duisburg einberufen hatte, allwo der große Revolutionar Böttcher Stuttgart den Grundstein zum großen revolutionären Werk im Buchdruckerband legen sollte. Interessant ist die Charakterzeichnung der „revolutionären“ Typen, die sich zu dem großen Werk verammelt hatten. Der Duisburger Berichterstatter des „Korrespondent“ gibt folgendes schöne Konterst von den Unentwegten:

„Die Opposition vom ganz Rheinland und Westfalen hatte sich auf die Zonen gemacht. Es war eine recht staatliche Affäre, die vom Bahnhof zum Versammlungsort zog. Aber welche Enttäuschung! Schreiber dieses hatte die Zuletzten unseres Berufs erwartet, aber hier kam die Bekannte aus früheren Zeiten, Laundner und Schmufer von Anno dazumal. Die ganze Vereinigung früherer notorischer Versammlungsführer. Gelb waren auch einzelne unter ihnen, bei denen man sagen konnte: „Es tut mir in der Seele weh, daß ich dich in solcher Gesellschaft sehe.“ Aber ihre Zahl war recht minimal. Als ich mit dem Bezirksvorsitzenden Baleski sowie dem Gewerkschaftsleiter und unserem zweiten Verbandsvorsitzenden Kraus das Versammlungsort betrat, glaubte ich, mich auf verkehrtem Wege zu befinden, denn an der Spitze sah — Kollege Sch. Wenn mir derselbe draußen mit der Fahne des katholischen Arbeitervereins begegnet wäre, hätte ich das für selbstverständlich gehalten. Jedoch hier — als Oppositionsmann? Der Arbeiterführer hierorts hat für solche Leute den schönen Namen „Weiswasserbolschewisten“.

Überall daselbstes Bild bei der Opposition, eine launischillernde, „revolutionäre“ Gesellschaft von Konjunkturalisten, Weiswasserbolschewisten und früheren Gelben, die meistens erst seit der Novemberrevolution ihr unentwegtes Herz entdeckt haben und heute Revolution mit dem Gelbmaul machen. Daß organisierte Arbeiter diese Schmach über sich ergehen lassen und vielfach noch mit in das „revolutionäre“ Begräbnis dieser Volksbedürer einstimmen, ist eigentlich die größte Schande des Jahrhunderts.“

Gesundbeter, Streikbrecher und kapitalistische Zuhälter.

Der größte Teil der Führer der „revolutionären Gewerkschaften“ war vor Ausbruch der Revolution in den meisten Fällen überhaupt nicht organisiert, weder politisch noch gewerkschaftlich. In verschiedenen Fällen haben sich diese neue Sorte von Führern der „modernsten und revolutionären“ Gewerkschaftsbewegung gar nicht gekümmert, ihren Arbeitbrüdern bei Kämpfen in den Kluden zu helfen. Nachdem nun dieses „alte Gewerbe“ kapitalistischen Zuhälterums nicht mehr rentabel ist, versuchen diese „würdigen Seelen“ ihr Teil in der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ (Nr. 36, 1920) ist in der Lage, einen dieser „Revolutionshelden“ zu charakterisieren. Wörtlich lautet sie:

„Im Juni 1919 wurde die sogenannte Allgemeine Arbeiter-Union gegründet, und zwar unter der Führung eines gewissen P e o S c h u t z, eines ehemaligen Streikbrechers und Gesundbeters, der die Bibel stets auf seinem Arbeitstische mischerte.“

Nur einem guten Wundwort voll revolutionärer Phrasen und einem recht weichen und dehnbaren Gewissen verfügen diese Sorte Führer aber auch nicht über die geringsten wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Erfahrungen. Aus diesem Grunde hegen sie auch die Arbeiterkraft bei jeder sich bietenden Gelegenheit in den Streik, unbeflümmert darum, ob die wirtschaftliche Lage Aussicht auf einen Erfolg bietet. Gehen die ohne jede wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Vorkenntnisse vom Haare gebrochenen Streiks in die Brüche, und die davon betroffene Arbeiterkraft muß die Arbeit bedingungslos aufnehmen, ruhen und wehmütig an ihre Arbeitstätte zurückkehren, dann schreiben diese „Generalbeule der Betriebsausfälle“, wie sie sich mit Vorliebe nennen, die Schuld an dem Zusammenbruch des Streiks den freien Gewerkschaften in die Schuhe, und für ihre eigene grenzenlose Unfähigkeit tragen dann sicher die „arbeitgeberfeindlichen Gewerkschaftsböden“ die Verantwortung. Haben die Gewerkschaften endlich abgewirtschaftet, dann beschreiben sie von der Höhe der Höhe und fassen als Gesundbeter, Karikatur, Wabfager und Streikbrecher der Menschheit das Ziel zu bringen, Dumme einzufangen, damit sie auf diese Art und Weise auf ihre Kosten kommen.“

Die in Duisburg erscheinende kommunistische „Freiheit“ (Nr. 81, 1920) veröffentlicht einen Artikel, betitelt: „Unausgelöschte Revolutionäre“, worin sie die völlige Unfähigkeit der Unionsführer wie folgt karikiert:

„Die Unionen geben sich der Täuschung hin, daß der Austritt aus den Gewerkschaften und irgendeine unbestimmte Zustimmungserklärung zur proletarischen Diktatur schon eine sichere Gewähr für die revolutionäre Gestaltung abgibt. Wie wenig das zutrifft und wieviel unklare Köpfe sich aus etwa recht unrevolutionären Gründen in den Unionen zusammengefunden haben, läßt sich aus den Nachwirkungen des Düsseldorf Streiks schließen. Es war zu erwarten, daß die Enttäuschung über das Mißlingen des Streiks den Unionen Abtrag tun würde, um so mehr, da dieser Streik ausgesprochen unter sozialistischer Führung stand und als die völlige Kalkulation der Führer gegenüber den realen Tatsachen viel zu ihrem Wohlfühlen beitrug.“

Die „Freiheit“ findet es verständlich, daß aus Anlaß des zusammengebrochenen Streiks viele Mitglieder aus den Unionen austreten, was sie aber unverständlich findet, ist folgendes:

„Was soll man aber dazu sagen, daß ganze Betriebe, wie die städtische Wabeanhalt und der Saalanthof, geschlossen zu den „Christlichen“ übergingen? Wir waren immer misstrauisch, wenn die Unionen, im Glauben an die eine revolutionäre Front, sich rühmten, daß sie auch feierliche Christliche in ihren Reihen hatten. Wir fürchteten immer, daß es sich bei diesen „Revolutionären“ um ein bloßes Lippenbekenntnis handelte, das im entscheidenden Augenblick verjagen werde. Wir glaubten inbeffen, daß die Erziehungsarbeit innerhalb der Union die unserigen Revolutionäre schon ausreifen werde. Daß dies nicht der Fall war, daß diese Elemente nach einjähriger oder längerer Zugehörigkeit zu den Unionen ins christliche Lager zurückkehren konnten, beweist, daß diese Erziehungsarbeit völlig versagt hat. Eine wirklich revolutionäre Kampforganisation, wie sie die Unionen doch darstellen wollten, darf sich nicht an der Organisationsform genügen lassen, sie muß sie mit lebendigem Geist erfüllen. Danach müssen unsere Genossen in den Unionen genau so wie in den Gewerkschaften sich zu Fraktionen zusammenfassen, die eine zielartige kommunistische Politik treiben und die Führung in den Unionen übernehmen. Sie werden dann dem kommunistischen Gedanken zum Durchbruch helfen und dazu beitragen, daß aus unklaren Gefühlrevolutionen bewußte opferbereite Klassenkämpfer werden.“

Aus diesem Bericht der „Freiheit“ geht klar hervor, daß der Streik zusammengebrochen ist an der Unfähigkeit der sozialistischen Führer und daß die völlige Unfähigkeit der Führer gegenüber den realen Tatsachen viel zu ihrem Wohlfühlen beitrug. Der Erfolg der ganzen Bewegung bestand darin, daß die durch große Löhne angezogenen Arbeiter betriebsweise zu den christlichen Gewerkschaften übertraten. Wenn die „Freiheit“ den Gewerkschaften dabei Streikbruch vorwirft, so braucht ihr das nicht abelgenommen zu werden, da der größte Teil der Mitglieder der Unionen ihr politisch nahe steht und von dieser Seite her wertige Vorträge so lange erhoben werden, als die Gewerkschaften sich weigern, jede von den Sozialisten und Unionisten eingebrachte wirtschaftliche Dummheit mitzumachen und für diese auszustreten. Außerdem hatten die Gewerkschaften auch gar keine Ursache, sich den „Gesundbeter“ der sozialistischen und unionistischen Gewerkschaftsrichtung aufzubringen, da diese bereits am 13. November 1919 in Düsseldorf folgenden Beschluß gefaßt hatten:

„Die Betriebsausschüsse der kommunalen Werke, welche auf dem Boden des Räte Systems stehen, betrachten die Einmischung von Seiten der Gewerkschaften betreffs Abklärung von Tarifverträgen und sonstigen Verhandlungen für überflüssig und erklären, in Zukunft keinerlei Verhandlungen in Gemeinschaft mit diesen Korporationen zu pflegen!“

Nach einer solchen Wßage wird kein Mensch erwarten, daß die Führer der Gewerkschaften sich den Sozialisten und Unionisten an den Hals werfen, die Diktatur gewerkschaftlicher Gesundbeter anerkennen und ruhig mit aufgehen, wie die „revolutionären“ Arbeiter, nach dem bestrittenen Streik zu den „Christlichen“ überlaufen, um dort dem „Gesundbeter“ Reagenbürger Blüchels zu kulbieren. „Der Streik ist, der soll auch Recht bleiben!“

Aus der Deutschen Arbeiterbewegung. Das Jäh im Kampferbände.

Der Mensch ist ein Produkt der Verhältnisse seiner Zeit. Deshalb kann der Mensch auch heute noch nicht stillos sein. Der Kapitalismus ist nicht der Boden, auf dem ein ethisches Ausleben des Menschen möglich ist, und darum erkämpfen wir ja auch neue Lebensbedingungen, damit aus ihnen mit Notwendigkeit ein neues Zusammenleben erwachsen wird.

Der Mensch zum stillosen Neuen ruht aber schon in einem jeden Bruch. Wir alle fühlen zum Beispiel eine stillosche Tat als etwas Gutes und Menschlichkeitsdienliches; wir alle vermögen theoretisch zu unterscheiden zwischen gut und schlecht. Und darum ist es unsere Pflicht, in die wachsenden neuen Lebensformen auch dieses stillosche Empfinden hineinzutreiben zu lassen. Es darf nicht beim theoretischen Erkennen bleiben. Wir haben als Zukunftsführer die Pflicht, auch das Erleben des Menschen zu sozialisieren, das Einzelstillsche einzuordnen in das Gemeinlichkeitsleben.

Und dazu ist unsere gewerlichkeitsliche Kampfgenossenschaft eine geeignete Stille. Da, wo die Stillschenden und Stillschenden sich zusammenfinden, da ist der Ort, an dem Einzelstillsche auch anstillschen zu lassen in einem stillschenden, in einem großen, starken Gemeinlichkeitsleben, das Selbst zurückzuführen hinter das Ganze, das Stillsche in das Große zu führen.

Der Mensch, der sich vom Ganzen löst und nur eigene Ziele kennt, wird zum Egoisten. Die Gemeinlichkeitschaft ist der soziale Faktor, und um so stiller wirkt das Zusammenleben auf den einzelnen und durch den einzelnen wieder auf das Ganze, je mehr jeder einzelne sein eigenes Recht als seine ureigene Pflicht betrachtet, je mehr er in sich das Ganze erlbt. Die blüherliche Gemeinlichkeitschaft, die sich kein großes Ziel setzt, sie erntet auch solche Stillsche. Ihr ist die materielle Gabe das ganze Glück. Nur das proletarische Gemeinlichkeitsleben, und die Selbsthingebung zur Zukunftsgemeinlichkeitschaft der Arbeiter ist eine bedeutungsvolle Tat zu diesen Stillschen hin. Die proletarische Kampfgenossenschaft, wie sie in unsern gewerlichkeitslichen Verbänden zum Ausdruck kommt, ist bestimmt, die Stillsche der stilloschen Bevölkerung zu sein. Sie ist die Stille der Erziehung zum brüderlichen Gemeinlichkeitsleben, und es ist die Pflicht eines jeden, sie in diesem ihren stilloschen Entwicklungswert zu erkennen und sie durch den Willen zum sozialen Jäh immer näherzubringen dem Geiste des Kommenden.

Ein Angestellter wegen ihrer Gefinnung entlassen.

Die unabhängig-kommunistische Mehrheit der Berliner Ortsgruppe des deutschen Metallarbeiterverbandes hatte ein Angestelltes entlassen wegen ihrer gewerlichkeitslichen und politischen Anschauungen. Darauf wandte sich die Angestellte an den Schlichtungsausschuss, der einstimmig zu einer Verurteilung der Ortsgruppe Berlin des Metallarbeiterverbandes kam. Im Falle der Nichtbefriedigung ist den entlassenen Angestellten das Gehalt für ein halbes Jahr weiter zu zahlen, das macht insgesamt 100 000 Mk. Diese 100 000 Mk. sind für den Metallarbeiterverband verloren und müssen durch Beiträge wieder eingebracht werden. Es werden die Verbandsmittel verdrängt und alle Grundsätze der Arbeiterbewegung mit Füßen getreten, um Wostkau zu gefallen.

Proletarische Größe.

Die meisten Menschen sind groß im Kleinen. Sie haben die verschiedensten kleinen Ziele, den verschiedensten Ehrgeiz. Von einem Stillschen jagen sie zum andern, und wenn dann des Lebens zu Ende geht, dann stilschen diese Stillschen den ihrem Herrn in das Nichts zurück, aus dem sie kamen, und von dem Lebensinhalt des Menschen bleibt nichts mehr.

Das sind die Menschen mit der kleinen Seele, die Jäh-Kreaturen, die bei ihrem laubendsten Stillschen noch nicht wissen von dem einen Großen, das den natürlichen Inhalt des Lebens bilden soll.

Im Sinne der ewigen Jäh zu leben, aus der die Entwicklung wurde und aus der die Zukunft wird, das ist Leben. Das ist das kleine Begehren, wenn der Mensch sein Jäh mit winzigen Stillschen zu füllen sucht. Die große Seele ist nur glückselig im Aufgehen, und je größer sie ist, um so mehr hat sie das unüberwindliche Lebensbedürfnis, sich hingabgeben dieser großen Lebensidee, dieser Menschlichkeitsidee, diesem Zukunftsglauben, wie er in unserm Kampfe zum Ausdruck kommt.

Das ist das höchste stillosche Glück, dem ganzes Inneres hinzugeben seinen Stillschen. Und wenn der Egoist längst vergessen, dann stilschen die große Seele noch immer in den Herzen dieser kleinen, dann drängt sie in ihnen weiter, dann wird sie ein Stillsche dieses wachsenden Weltengesetzes bis in die Ewigkeit.

Internationale Rundschau.

Zur Bergarbeiterbewegung in England.

Zu Beginn dieses Jahres forderten die Unternehmer eine Erhöhung der Kohlenpreise von 14 Schilling pro Tonne für Hausbrandkohle und 4 Schilling für Industriekohle. Die Regierung, die die Kontrolle der Bergwerke noch in den Händen hat, ist dem Wunsche nachgegeben. Infolgedessen hat die Kohlenindustrie einen Reingewinn abgeworfen (im ersten Vierteljahre), welcher, wenn der Preis bestehen bliebe, das ganze Jahr 67 Millionen Pfund Sterling betragen würde. In gleicher Zeit mit der Erhöhung des Kohlenpreises gingen die Preise aller Gegenstände in die Höhe, die das Volk notwendig zum Leben gebraucht. Die Bergarbeiter forderten ab 1. Juni Herabsetzung dieses Kohlenpreises und 2 Schilling Lohnserhöhung pro Schicht. Aus wurde die Regierung aufgefordert, die Kontrolle der Gruben in den Händen zu behalten, welche sie am 1. Oktober abgeben wollte. Die Forderungen wurden abgelehnt. Die Bergarbeiter nahmen eine Urabstimmung vor, aus der hervorging, daß die Forderung mit dem Generalkonflikt zu erzwängen sei. Die gesamte Arbeitererschaft reichte die Kündigung ein, die mit dem 25. September abgelaufen ist. Es haben nun mehrere Male Verhandlungen stattgefunden zwischen Regierung und Arbeitervertretern, u. a. auch am 21. September. Die Regierung will die Kontrolle der Bergwerke auch ferner in der Hand behalten. Das Reklamieren der Kohlenpreise soll einer Kommission zur Prüfung übergeben werden, inwieweit der Preis zu regulieren sei, und die Lohnserhöhung soll einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Sollte das Schiedsgericht einer Lohnserhöhung zustimmen, so soll sie mit dem 1. Oktober in Kraft treten.

Die Vertreter der Bergarbeiter haben dem zweiten Punkt zugestimmt, weil das 2. Vierteljahr nicht einen so hohen Gewinn gebracht hat als das 1. Sie werden deshalb von den Bergarbeitern stark angegriffen. Die Leute sagen: Die Arbeiter müßten, daß die Regierung ab 1. Oktober die Stillschenden abgebt, haben deshalb viel Vorrichtungenarbeiten machen lassen, um nach dem 1. Oktober einen desto höheren Gewinn einbringen zu können. Die Lohnserhöhung fordern sie ab 1. Juli. Die Kohlenförderung im 2. Vierteljahr ist bedeutend gesunken, erlischlich wegen der Vorrichtungenarbeiten. Nun sagen die Regierungsveterane: Die Leute arbeiten im Gebirge. Wenn sie mehr Kohlen fördern, erhöht sich ihr Lohn von selbst. Smilie, der Vorsitzende der „Miners Federation“, führte am 20. September in der Verhandlung mit den Regierungsveteranen folgendes aus:

Sie verweisen uns mit unserer Lohnforderung an ein Schiedsgericht. Die Bergarbeiter haben Sie aber an ein solches verwiesen, wie sie Preisserhöhung forderten. Das soll verlangt, daß unsere Verhandlungen notwendig werde. Das wollen wir auch; aber die Verhandlungen mit den Stillschen sind nicht verfruchtbar worden. Wir, die über eine Million Bergarbeiter, verlangen von der Regierung zu behandeln zu werden, als wie die kleine Zahl der Stillschen. Diese haben nur ihr Geld in der Industrie, das ist ihnen sicher. Sie riskieren nichts. Bedenken Sie: die Arbeiter riskieren ihr Leben und ihre Gesundheit. Die 24 Stunden fordert man vier Lote aus den Gruben und jährlich bis 170 000 Unfälle sind zu verzeichnen. Trotzdem werden die Arbeiter von den reichen Leuten in der Presse „begehrliche Preiser“ genannt, Leute, die allein an Arbeitszeit zwei- oder dreimal so viel angeben als eine ganze Bergarbeiterfamilie im Jahre Einkommen hat. Jäh bedauern sehr, daß wir zu keiner Einigung gekommen sind. Wir haben alles getan, um einen Streit zu vermeiden. Kommt es dennoch dazu, dann stilschen Sie die Verantwortung.

Der Sekretär der Organisation, H. G. S., bemerkt, daß seit dem letzten Jahresschluß die Preise um 31 Prozent gestiegen sind und daß der durchschnittliche Bergmann jäh jetzt noch bedeutend schlechter steht, wie vor dem Kriege. Darauf erklärte der Minister, daß er hoffe, daß sie sich in einer Einigung einigten würden.

Die Grubenbesitzer haben nun vorgeschlagen, daß unter Jugendabstimmung einer Jahresförderung von 240 Millionen Tonne den Havern 1 Schilling, von 24 Millionen Tonne 1 Schilling 6 Pence, von 24 Millionen Tonne 2 Schilling, von 24 Millionen Tonne 2 Schilling 6 Pence und von 24 Millionen Tonne 3 Schilling mehr gezahlt werden sollen und entsprechende Erhöhungen für die übrigen Arbeiter. Die Bergarbeiter hat diesen Vorschlag abgelehnt. Auf Antrag

des Vollzugsausschusses hat die Vertreterversammlung der Bergmännlichen Gewerlichkeitsverbände am 11. Oktober mit 154 gegen 27 Stimmen beschlossen, daß die früher ergangenen Kündigungen, die während der Unterhandlungen ruhten, mit dem 16. Oktober Geltung erhalten, so daß am 18. Oktober der Ausstand beginnt, wenn es inzwischen nicht noch zu einer Verständigung kommt.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Funktionäre für Hannover I/II.

Am 1. Oktober tagte für Jäh Hannover III eine Sitzung der Funktionäre unseres Verbandes, die von acht kameradschaftlichen Geistes getragen war. Das ist um so bemerkenswerter, als auf dieser Kruppischen Beside sich die gelbe Opferlampe nach der Revolution in ein kommunistisches und sozialistisches Bewusstsein stielte und das alte Spiel in neuer Aufmachung weiter trieb. Dieses Trauerspiel geht seinem Ende zu, die Selbstkennung und Überzeugung gewinnen nach und nach wieder die Oberhand. Sachlich und klar wurden in der erwähnten Sitzung Forderungen an den Betriebsrat gestellt. Es wurde verlangt und durch eine entsprechende Entschliessung einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß die Betriebsräte keinerlei Einfluß und Verhältnisse tätigen, sondern sich nur die Kontrolle vorbehalten sollen. Dafür sollen sie sich aber mehr dem inneren Betrieb und ihren eigentlichen Aufgaben widmen. Das entspricht auch unserer Meinung und den gefassten Beschlüssen unserer dazu berufenen Verbandsveterane.

Mitgliedsdauer in der Zahlstelle Essen.

Die äußerst richtige und tatkräftige Ortsverwaltung der Zahlstelle Essen hat Erhebungen über die Mitgliedsdauer der Mitglieder vorgenommen, die zu äußerst erfreulichen Ergebnissen führten. Den den insgesamt 1929 Mitgliedern sind danach unsern Verbände beigetreten:

1905 und früher	116	gleich 6,03 Proz.
1906 bis 1910	43	2,50 "
1911 bis 1914	65	3,38 "
1915 und 1916	75	2,91 "
1917	79	4,11 "
1918	548	28,50 "
1919	496	25,79 "
1920	515	26,78 "
Zusammen: 1929	100,00	

Der alte, gestülpte Mitgliederstamm ist also verschwindend klein. Die Zahl der Mitglieder, die bis 1914 dem Verbande beigetreten sind, beträgt nur 229 gleich 11,91 Prozent der gesamten Mitgliederzahl. Die ungeschulten Mitglieder haben mithin die erdrückende Mehrheit. Damit erklärt sich alles, was wir besonders seit der Revolution erleben und erleiden mußten. Die gewerlichkeitsliche Unkultur, die sich in ihrer Art aus. Unsere bergbauliche Entwicklung hat die Menschen aus aller Herren Länder zusammengezogen, entwurzelt, heimatlos gemacht und in Unwissenheit gehalten. Das rächt sich jetzt. Diese entwurzelten, heimatlosen, unheimlichen, vom Kriege körperlich und seelisch gemürbten armen Menschen wollen heraus aus ihrem Elend, ihrer Hoffnungslosigkeit. Darum folgen sie jedem radikal tendenden Handworte, Hochschrei und Schandtat, hoffend, daß es dadurch besser wird. Und wenn sie sich auch in dieser Hoffnung betrogen sehen, werden sie wieder zurückfallen in die alte Gleichgültigkeit und Hoffnungslosigkeit.

Hier droht der Gewerlichkeitsbewegung eine große Gefahr, die klar ausgelegt wird durch die Erhebungen unserer Kameraden. Um die Gefahr in ihrer ganzen Größe erkennen zu können, wäre es notwendig, daß auch andere Zahlstellen, die dazu die Kräfte und Mittel haben, solche Erhebungen vornehmen. Besonders in den Zahlstellen, wo sich der Radikalismus am himmelstürmenden ausstößt, würden solche Erhebungen die Sachlage schlagartig beleuchten und uns die Gefahr in ihrer ganzen Größe zeigen. Darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß der fortschreitende Radikalismus nichts anderes ist wie der äußere Ausdruck der inneren Hilflosigkeit, Minderwertigkeit und Unwissenheit. Die Frage kann also nicht lauten: Wie überwinden wir den Radikalismus, sondern sie muß lauten: Wie überwinden wir die Hilflosigkeit und Unwissenheit? Denn nur Anständigkeit und Unwissenheit lösen sich leicht in der Lederhaut des Radikalismus aus. Und wenn sie sich ausgetobt haben, kehren sie wieder zu ihrer Ursprünglichkeit zurück. Da liegt die Gefahr, der wir begegnen müssen, wenn nicht alles verloren sein soll, was wir uns unter unendlichen Opfern erkämpft haben.

Unionistenputz auf Ber. Wehlem in Bolkrop.

Zwölf Unionisten stellten am 2. Oktober die Forderung an den Betriebsausschuss der Schachtanlage Dr. Wehlem, selbigen Tages mittags im Schichtwechsel eine Delegatensammlung abzuhalten. Der Betriebsausschuss hat jedoch dieser Forderung nicht nach, da erst am 18. September eine Delegatensammlung stattgefunden hatte. Daraufhin machten die Unionisten einen Aufschlag: „Die Seilschaft ist heute nicht hier.“ Durch diesen Aufschlag und durch den Umstand, daß die Arbeiter, die anfahren wollten, keine Lampen erhalten konnten, wurde die Delegatensammlung irre gemacht und fand von der Bergerschaft wie auch von der Betriebsführung nur einige Mann angefahren.

Im Lichtloche führten die Unionisten nun ein regelrechtes Theater auf. Sie verlangten den Rücktritt des gesamten Betriebsausschusses. Der Betriebsausschuss kam aber diesem Verlangen nicht nach. Um nun den Betriebsrat zu stürzen, wurde kräftig gegen die vereinbarte Arbeitsordnung gestreift. Offenbar befürchteten die Unionisten, bei der Festsetzung von Streifen über 2 Mk. vom Betriebsausschuss nicht genügend beschützt zu werden. Ein der wüsten Mitten beteiligten sich selber auch ein Verbandskamerad mit Namen Mähler und der Vertrauensmann Steinert vom Verbande der Maschinen und Geizer. Steinert war im Betriebsrat und ist vor zirka 14 Tagen schon zurückgetreten. Diese beiden Kameraden waren den Unionisten schlichtlich, des Restellhaus flussig. Dieses wurde aber durch unsere Kameraden verhindert, so daß der Betrieb trotzdem aufrecht erhalten werden konnte.

Die Betriebsverwaltung rief schließlich zur Vermittlung des Reichskommissariats an. Als Vertreter erschien der Kamerad Linke des Nachmittags. Die Kommission der Unionisten, an der Spitze der oben genannte Kamerad Mähler und Steinert, wurde von Linke geführt. Dieser verwies sie auf den gesetzlichen Weg, rief ihnen, den Schlichtungsausschuss anzurufen und nicht, wie bereits geschah, die Delegatensammlung durch die wilde Streikbewegung zu stürzen. (Daß die Unionisten nicht im Betriebsrat vertreten sind, ist ihre eigene Schuld, da sie bei der Wahl nicht den Mut aufbringen konnten, Samstags zur Wahl zu vertreten.)

Des Nachmittags beriefen die Unionisten eine Delegatensammlung in der Wirtschaft Keisel ein mit der Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen mit dem Reichskommissar. In dieser Versammlung wurde der verunglückte Streik wieder aufgehoben und beschlossen, die Streikbewegung durch Verfahren einer Ueberprüfung am Samstagabend wieder heranzuziehen.

Die Arbeitsgemeinschaft hielt ebenfalls nachmittags eine überfüllte Versammlung ab, in welcher die Arbeitsaufnahme beschlossen wurde. Gegen das Vorgehen der Unionisten wurde hier scharfer Protest erhoben und untern angeführte Entschliessung mit dem Wunsche, diese in der „Bergarb.Ztg.“ und in der sozialistischen Presse zu veröffentlichen, einstimmig angenommen.

Durch die Aufrufe: Lotobis, Schulte, Stimmesbrüder usw. gaben hier die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft ihrem Unmut über das Vorgehen der Unionisten Ausdruck. Beim nächsten Anlauf will man die Putschisten mit dem Sodenmilch wuschelnd schlagen. Auch das Verhalten des Lampenmeisters wurde scharf kritisiert. Verlangt wird, daß diese ungewollte Streikbewegung nicht auf die Urlaubsgewährung angerechnet wird.

Bestlossen wurde, gegen den Kameraden Mähler, der hier als Spitzel bezeichnet wurde, das Ausschlußverfahren einzuleiten. Ebenso soll eine Beschwerde an den Vorstand des Verbandes der Maschinen und Geizer wegen ihres Vertrauensmannes Steinert gerichtet werden und in dieser der Ausschluß verlangt werden, anderenfalls eine Gegenaktion gegen letztere Organisation einleiten würde. Der Wortlaut der Entschliessung ist wie folgt:

„Die heute am 4. Oktober, im Lokale Bennemann stattfindende Delegatensammlung der Arbeitsgemeinschaft, Schachtanlage Dr. Wehlem, protestiert ganz entschieden gegen das Vorgehen der Unionisten. Sie spricht dem Betriebsrat ihr volles Vertrauen aus, erklärt sich gegen den von den Unionisten veranstalteten Streik und fordert die Delegatensammlung der Arbeitsgemeinschaft auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Um eine Wiederholung von unruhigen Arbeitsverhältnissen in Zukunft zu vermeiden, erklärt die Versammlung es als notwendig, daß auf den Bergwerken niemand mehr beschäftigt werden darf, der nicht Mitglied der Arbeitsgemeinschaft ist.“

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Zur Knappheitswahl der Wurmknappheit.

Am 10. Oktober ist die Wahl für die Knappheitsämter des Wurmknappheitsbezirks getätigt worden. Für die beiden Sprengel Süderhöhen fand die Wahl am 17. Oktober statt. Das Endergebnis der Wahl liegt uns noch nicht vor. Das Knappheitsamt-Kollegium wird sich vermutlich wie folgt zusammensetzen: Verband der Bergarbeiter Deutschlands 20, christl. Gewerliche 32, Syndikalist 2, Kette, und zwei vom Vorstand der Wurmknappheitsämter, weil in diesem Sprengel keine Wahl zustande gekommen ist. Dies Resultat ist für den Verband der Bergarbeiter Deutschlands nicht befriedigend. Wie ist das Resultat zustande gekommen?

Bisher wurden die Knappheitsämter auf den Werken gewählt. Wäre dies auch diesmal geblieben, so hätten die Christlichen ihren bisherigen Einfluß in der Wurmknappheit verloren. Beweis: Betriebsrätewahl. Um dies zu verhindern, wurde die jetzige „Wahlreform“ eingeführt. Der Knappheitsbezirk wurde in 67 Wahlbezirke eingeteilt. Jeder Sprengel wählte einen Knappheitsämter und einen Ersatzmann. Diese Sprengelteilung hat unter den Knappheitsmitgliedern große Aufregung verursacht. Jeder Knappheitsämter muß von dem zuständigen Vertreter unterzeichnet werden. Dies geschah bisher auf den Werken. Für die Zukunft geschieht dies durch den Sprengelämter. Die zu einem Sprengel gehörenden Werkschaften liegen in manchen Sprengeln vier Stunden und noch mehr von einander entfernt. Der Kranke muß also, um die Unterschrift des Vertreters zu erlangen, unter Umständen einen Weg — hin und zurück — von acht Stunden zurücklegen. Diesem Umstande ist es in erster Linie zuzuschreiben, weshalb ein großer Teil der Mitglieder des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands durch Nichtteilnahme an der Wahl gegen das neue System protestiert hat.

Das Verhalten dieser Kameraden ist nicht gerechtfertigt, sondern entsetzlich zu beurteilen. Dadurch, daß so viele Mitglieder des Bergarbeiterverbandes der Wahl fern geblieben sind, wird der reaktionäre Geist die Wurmknappheit fernerhin beherrschen. Was ferner die Position des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erschweren, sind die Wahlvorschriften. Die Vertreter müssen 20 Jahre alt sein und mindestens 10 Jahre ununterbrochen der Wurmknappheit angehören. Wer innerhalb der letzten 10 Jahre den Bergbau des Knappheitsbezirks auch nur für kurze Zeit verlassen hat, konnte als Vertreter nicht aufgestellt werden. Dies hatte zur Folge, daß der Verband der Bergarbeiter Deutschlands in einer Anzahl Sprengel keine Kandidaten aufstellen konnte. Die Freude der Christlichen wird nicht von langer Dauer sein. Voraussetzlich bekommen wir in kurzer Zeit das Reichknappheitsamt. Dieses Gesetz wird den reaktionären Wahlmodus nicht beibehalten können.

In diesen Sprengeln sind keine 10 Prozent der Mitglieder des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands zur Wahl gegangen. Dieser Wahlschuld haben die Christlichen ihren Sieg zu verdanken, andererseits haben aber auch diejenigen, die ihr Wahlrecht nicht ausübten, sich des Rechtes beraubt, über die jetzigen Verhältnisse in der Wurmknappheit zu reformieren.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Wider Streik auf den Niederischen Braunkohlenwerken.

Am 11. Oktober stilschen traten die Belegschaften der Niederischen Braunkohlenwerke im Oberböhlinger Bezirk in den Streik. Der Grund zum Streik ist in folgenden Vorgängen zu suchen: Am 1. Oktober hat der Betriebsrat der dortigen Werke der Verwaltung zwei Resolutionen überreicht, in denen folgende Forderungen gestellt wurden:

1. Ausbändigung der Deputationskosten an Invaliden nach dem Vorschlage des Betriebsrates.
2. Ersatz des dem Gauer Aljoschki bei der Lösung abgaben gekommenen Betrages durch die Grubenverwaltung.
3. Ausbändigung der bei der Lohnzahlung einbehaltenen Restsumme an den Betriebsrat.
4. Ueberweisung von mindestens zwei Morgen Ackerland an jeden beschäftigten verheirateten Arbeiter oder alleinstehenden Ernährer einer Familie. Die Forderungen waren bis zum 6. Oktober befristet und schlossen mit der Drohung: „Im Falle der Weigerung werden andere Maßnahmen ergriffen.“

Von der Verwaltung wurde Punkt 2, bei dem die Möglichkeit des Verkaufs eines Wertbeamten vorliegt, ohne weiteres zugelassen. Punkt 1, der Anspruch auf Ausbändigung von 30 Zentnern Deputationskosten an alle Invaliden wurde abgelehnt, da nach den protokollarischen Festlegungen zum Tarifvertrag vom 17. April 1920 ausdrücklich ein Anspruch auf diese Deputationskosten beraubt worden ist. Die Werksleitung beschloß die bisherige Regelung vor, bei den Anträgen vor Gewährung die Bedürftigkeit zu prüfen und darnach im Einverständnis mit dem Betriebsrat bis zu 30 Zentnern Deputationskosten zu gewähren. Im übrigen hat die Hauptverwaltung die Anträge zum großen Teil den Vorschlägen des Betriebsrates entsprechend genehmigt. Punkt 3 mußte abgelehnt werden, da der Forderung gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen, und zwar § 115 der Gewerbeordnung, wonach den Arbeitern der Lohn bei ausgaben ist, und § 37 des Betriebsratengesetzes, wonach die Erhebung und Festlegung von Beiträgen der Arbeitnehmer für irgendwelche Zwecke der Betriebsverwaltung unzulässig ist. Der Forderung zu Punkt 4 konnte nicht stattgegeben werden, da die zu ihrer Erfüllung nötige Grundfläche von 2000 Morgen nicht zur Verfügung steht. Dieser sind etwa 800 Morgen den Werken gehörenden Ackerlandes an Arbeiter verpachtet.

Die Arbeiterratsführung, die daraufhin am 9. Oktober stattfand, sahte nach einer der Verwaltung vorgelegten Resolution der einstimmigen Beschluß, wegen des ablehnenden Beschlusses der Montanwerke am 11. Oktober, morgens 6 Uhr, in den Streik zu treten. Für Montanarbeiten wurde eine Frist bis zum 11. Oktober, abends 6 Uhr, festgelegt, nach deren Ablauf sämtliche Montanarbeiten unterbleiben.

Die tariflich vorgesehene Schlichtungsstelle ist seitens der Arbeiter vor Eintritt in den Streik nicht anrufen worden. Im weiteren Verlaufe hat der Betriebsrat und eine Kommission der Arbeiter verurteilt, Verhandlungen mit der Werksleitung anzubahnen, die jedoch scheiterten, weil die Betriebsleitung sich weigert, mit den Forderungen der Arbeitsgemeinschaft zu verhandeln. Die Streikenden sind in ihrer übergroßen Mehrheit Unionisten. Am Streik beteiligt sind insgesamt 3000 Arbeiter.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 43. Woche (vom 18. bis 23. Oktober 1920) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Für den stilloschen Teil des Bezirkes Senftenberg ist die Stelle eines Lokalbeamten zu besetzen. Kestler wird nur auf eine gute Kraft. Bewerber müssen in den Verbandsgeschäften erfahren, rednerisch befähigt und fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein. Mitteilungen sind unter Lebenslauf und Auffahrt über die Aufgaben eines Gewerlichkeitsangestellten bis zum 30. Oktober an den Bezirksleiter Josef Driewig in Senftenberg, Eisenbahnstraße 11, zu richten.

Bücherrevisionen.

Bergarbeiter II. Vom 24. bis 31. Oktober.
Castrop I. Vom 24. bis 31. Oktober.

Erklärung! Die in der öffentlichen Bergarbeiterversammlung in Nielesen gegen den Bezirksleiter U. Deutsch in Halle ausgesprochene Beleidigung nehme ich reuevoll zurück, da sie auf Unwahrheit beruht.
Fr. Steinbach.

Vermerkt wird seit dem 9. August 1918 bei Cambrai der Schütze Heinrich Huber, Inf.-Reg. 146, 3. B.-G.-R. Angaben erbittet Andr. Bellmann, Gassen 1, Anhalt, Stadtgraben 4. — Seit dem 2. November 1918 auf einer Patrouille an der Scheide der Missetter Otto Schönte, Inf.-Regt. 93, 5. Komp. Angaben erbittet Wally Kelle, 3. B. bei Hamm i. Westf., Marinestr. 46. — Heinrich Benschid, Inf.-Regt. 101, 4. Komp., Gesecht bei Souvigny (Frankreich), am 15. Juli 1918. Nachricht an Heinrich Benschid, Ober-Waldenburg i. Schl., Mitterstr. 8. — Gefreiter Gustav Drowes, preuß. Inf.-Regt. 7, 1. B.-G.-R. Nachricht an G. Drowes, Offlehen, Kreis Helmstedt. — Plonier Fritz B. Bürger, i. Landw.-Minier-Komp. 7. B.-G., Deutsche Feldpost 780, bei Thioncourt (Frankreich). Nachricht an Rudolf Bürger, Sprachschüler i. Weiff.

Neu erschienen und von G. Sandmann & Co. zu beziehen:

Programm der Sozialdemokratie

Preis 8,75 M.